

Riesauer Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckerschrift: Tagesdruck
Gesetz Nr. 20.

Das Riesauer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Riesa.

Postfachkonto: Dresden 1398
Grotzstraße Riesa Nr. 52.

Nr. 45.

Freitag, 22. Februar 1924, abends.

77. Jahrg.

Das Riesauer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für den Monat Februar 1924 2 Mark 50 Pf., einschließlich Bringerlohn. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preisänderung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundsätzlich sind 30 mm breite, 3 mm hohe Grundchriftzeilen (6 Spalten) 25 Gold-Pennige; die 80 mm breite Restzeile 100 Gold-Pennige. Zeitraubende und tabellarische, Kalkulations-, Kassen-, sowie Vermögens- und sonstige Tabellen, die durch die Anzeiger in Konkurrenz gerät, Zahlungs- und Erfüllungsort, sowie sonstige unübersichtliche Angaben, sind bei der Abgabe zu vermeiden. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Verkehrs der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Abnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Anzeigenpreis: 100 Gold-Pennige. Anzeigenpreis: 100 Gold-Pennige. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittsch, Riesa.

Der Erfolg der Sachverständigen.

Von unserem Berliner Vertreter

In Berliner außenpolitischen Kreisen ist am Donnerstag die Nachricht eingetroffen, daß in dem Sachverständigen-Komitee ein vollständiges Kompromiß zwischen den übrigen Sachverständigen und dem Vertreter Frankreichs abgeschlossen worden ist. Nach diesem Kompromiß wird Deutschland ein Moratorium für die Dauer von zwei Jahren erhalten. Außerdem wird dem Deutschen Reich die vollständige wirtschaftliche und verwaltungsmäßige Souveränität im Ruhrgebiet zurückgegeben. Inbegriffen in dieser Entscheidung ist auch das Verfügungsrecht des Deutschen Reichs über die Eisenbahn im besetzten Gebiet. Mit dieser Entscheidung wird nicht nur die internationalisierte Eisenbahntätigkeit, sondern auch die Annäherung zwischen der französischen Regierung und den deutschen Industriellen, soweit sie die Ruhr-Bezirge betreffen, werden damit beseitigt. Wie wir erfahren, wird diese Lösung, die die Sachverständigen vorgeschlagen haben, noch im Laufe des Monats März die Reparationskommission beschäftigen. Die endgültige Entscheidung trifft dann die Reparationskommission in eingehenden Beratungen, die voraussichtlich schon in kürzester Zeit abgeschlossen sein werden. Was die direkten deutsch-französischen Verhandlungen betrifft, so werden sie nunmehr durch die getroffenen Vereinbarungen im Sachverständigen-Ausschuss aus dem Hintergrund gedrängt werden. Bei der künftigen Fortsetzung dieser Verhandlungen kann es sich dann lediglich darum handeln, bei der Ausführung gewisser technischer Bestimmungen der Sachverständigen-Vorschläge einen Einverständnis zwischen den beiden Ländern zu schaffen. Im Berliner Auswärtigen Amt glaubt man übrigens, daß die Vorschläge des Sachverständigen-Komitees, sobald sie der Reparationskommission unterbreitet werden, grundsätzlich angenommen werden müssen, da nach den bisher getroffenen Vereinbarungen das Sachverständigen-Komitee einen gewissen moralischen Druck auf die einzelnen Regierungen ausüben wird, dem niemand ausweichen kann. Deutscherseits ist man mit der gefundenen Lösung an sich einverstanden, aber man stellt sich jetzt mit großer Beharrlichkeit, daß das französische Prinzip, auf die Beibehaltung der militärischen Besetzung im Ruhrgebiet nicht zu verzichten, offenbar gefestigt hat.

Diese Nachricht wird unterrichtete Kreise nicht überraschen. Sie ist in der Hauptsache eine Bestätigung der Meldungen, die in den letzten Tagen aus Paris kamen, aber dauernd angezweifelt wurden und angezweifelt werden mußten, denn man hat allen Grund, ein solches Entgegenkommen Frankreichs für unwahrscheinlich zu halten. Inzwischen wird noch in Erinnerung sein, daß bereits in Berlin die Sachverständigen einen erheblichen Beschlag gefaßt haben, der nach derselben Richtung ging, freilich ein Moratorium für drei Jahre, statt jetzt zwei Jahre vorschlag. Der Umstand, daß die französischen Sachverständigen mit Poincaré eine Unterredung hatten, daß Poincaré auch mit den amerikanischen Sachverständigen, vor allem mit General Dawes verhandelte, deutet darauf hin, daß er sich erzwungen sah, sei es unter dem Druck der Sachverständigen, oder unter dem Druck der innerfranzösischen Krise, seinen bisherigen Standpunkt zu ändern. Unzweifelhaft wird in nationalfranzösischen Kreisen dieses Entgegenkommen Frankreichs als Agitation vor allem gegen Poincaré angesehen werden. Und es ist anzunehmen, wenn man den Sachverständigen ein solches Entgegenkommen nicht besonders unterrichtet, sondern es als eine Notwendigkeit hinstellt, und wie es bereits geschieht, darauf hinweist, daß die weitere militärische Besetzung des Ruhrgebietes weiterhin ein Druckmittel in den Händen Frankreichs bedeutet, das zu Komplikationen weiteren Anlaß geben kann. Es ist aber auch verständlich, weshalb die militärische Besetzung weiter andauern soll, weshalb die Sachverständigen dieser weiteren Besetzung zustimmen, da sie außerordentlich hohe Ausgaben fordert, die, da sie hauptsächlich von Deutschland getragen werden müssen, eine Schwächung der deutschen Lage bedeuten. Poincaré will allem Anschein nach aber wenigstens nach einer Richtung hin seine Politik fortsetzen, und zwar nach der Seite der Sicherungen, die er bisher immer als besonderes Stützglied ansah. Die neue englische Regierung ist ihm auf seine Anregungen, wegen weitgehender Sicherungen gegen deutsche Angriffe nicht eingegangen. Er sah sich deshalb in dieser Frage allein u. hat daraus wohl die Konsequenzen gezogen, hier unannehmlich sein zu müssen. Inzwischen verfährt, wie man weiß, die englische Regierung das Ziel, die Frage der Sicherungen dem Völkervand zu unterbreiten, so daß man annehmen kann, sie werde, wenn auch nicht gleich, so doch später, ebenfalls noch gegen Frankreich gestellt werden. Für Deutschland bedeutet das Eintreten Poincarés so viel: Es kann tatsächlich, wieder Herr des Ruhrgebietes, den Versuch unternehmen, den Ort zu internationalisieren, die deutsche Wirtschaft produktiv zu gestalten und zahlungsfähig zu machen, eine aktive Handelsbilanz zu erreichen und in der Frage der internationalen Anleihe, dadurch, daß sie die gesamte Eisenbahn in Händen hat, ein Pfand bieten, das gewiß genug Sicherheiten für eine Anleihe geben wird. Wenn Deutschland diese Anleihe auf Grund solcher Sicherheiten erlangt, darf es auch jedenfalls erwarten, von einer Finanzkontrolle verschont zu bleiben, von den Einmischungen, die sonst unweigerlich wären, wenn der Kredit im guten Glauben ohne Gegenwert fließen würde.

Die Spezialisten für die Wunschebene ernannt.
Paris. Das erste Sachverständigenkomitee hat gestern unter dem Vorsitz des General Dawes eine Sitzung

abgehalten, in der eine der Unterkommissionen einen mündlichen Bericht über die Vorklämung der Reichseinnahmen und Ausgaben erstattete. Weiter wurde über den Betrag verhandelt, den Deutschland zu den Reparationen zu zahlen haben wird. Das erste Sachverständigenkomitee hat im weiteren Verlauf der Sitzung die 4 Spezialisten ernannt, denen die Frage der deutschen Wunschebene zur Behandlung überlassen wird. Es handelt sich um die nachfolgenden Persönlichkeiten: Sullier, Wiener (Frankreich), Naassabelli, Mikbrandi (Italien). Die Aufgabe dieser Spezialisten besteht darin, über die Voraussetzungen zur Einführung von Monopolen in Deutschland und die damit verbundenen Vor- und Nachteile und ihren voraussichtlichen Betrag einen ausführlichen Bericht anzufertigen.

Kreditgewährung der Deutschen Reichsbank.

Auf eine Anfrage der Reichsfinanzkommissionen Lehrenbach und Wessels über die Gewährung von Krediten zur Wiederbelebung der deutschen Wirtschaft hat die Reichsregierung folgende Antwort erteilt:

Seit Mitte Januar hat die Reichsregierung darauf hingewirkt, daß die für die Wiederbelebung der Wirtschaft erforderlichen Kredite reichlich durch die Reichsbank zur Verfügung gestellt werden, mit dem Erfolge, daß am 7. Februar von der Reichsbank ausgenommen waren: 1) in Papiermarkt (Wertbestände) a) auf Grund diskontierter Wechsel und Schecks 412,9 Millionen Goldmark, b) auf Grund von Lombardierungen im wesentlichen von Wecheln 130 Millionen Goldmark; 2) in Rentenmarkt a) auf Grund von Wecheln und Schecks 428,9 Millionen Goldmark, b) auf Grund von Lombardierungen im wesentlichen von Rentenmarkwechseln 194,6 Millionen Goldmark. Demnach betrug der Gesamtbetrag an Krediten 1166,4 Millionen Goldmark. Gegenüber diesem Betrag war noch am 31. Dezember 1923 der entsprechende Bestand an Krediten bei der Reichsbank: 1) in Papiermarkt (Wertbestände) a) auf Grund diskontierter Wechsel und Schecks 307,5 Millionen Goldmark, b) auf Grund von Lombardierungen im wesentlichen von Wecheln 141,3 Millionen Goldmark; 2) in Rentenmarkt a) auf Grund von Wecheln und Schecks 15,2 Millionen Goldmark, b) auf Grund von Lombardierungen im wesentlichen von Wecheln 127 Millionen Goldmark, im ganzen also 591 Millionen Goldmark. Es ergibt sich hieraus, daß in sechs Wochen nicht weniger als 575,4 Millionen Goldmark an Krediten von der Reichsbank neu gegeben worden sind. Wannleich man anerkannt werden muß, daß der Kreditbedarf in Deutschland hierdurch nicht befriedigt ist, so muß doch die weitere Kreditgewährung mit Zurückhaltung behandelt werden. Die letzten erfolgten Überlieferungen des Devisenbedarfs, die zu schärfsten Departierungen und vorübergehend gestiegenen Auslandskursen der Devisen in Markt geführt haben, sind ein Anzeichen dafür, daß auf Grund bereiter Devisen in einem Maße angefordert werden, dem die deutsche Wirtschaft nicht ohne weiteres zu entsprechen vermag. Das wirksamste Mittel dagegen muß sein, außer der Derbeteiligung von Auslandskrediten, der die Reichsregierung besonders Interesse widmet, die weitere Knapphaltung der Inlandzahlungsmittel. Sobald jedoch eine Lauer verdrängende Erleichterung auf dem Devisenmarkt fühlbar wird, wird sich die Reichsregierung anleihen sein lassen, auch die inländischen Kredite wieder zu erweitern.

Die Tarifänderungen der Reichsbahn.

Berlin. Im händigen Ausschuss des Reichseisenbahnrats wurde am Mittwoch die Notwendigkeit und die Möglichkeit einer Ermäßigung der Gütertarife auf Grund der Vorlage der Reichsbahn eingehend beraten. Es wurde ein Antrag angenommen, der eine Ermäßigung aller Tarife der Normalklassen nach Köln gestaffelt um 20 bis 10 Prozent bewirkt. Die Ermäßigung vom 20. Januar von 8 Prozent ist in diesen Zahlen bereits enthalten. Für den Rheinland wurden eine Ermäßigung von 25 Prozent und einige besondere tarifliche Erleichterungen gewünscht.

Zum Wiederaufbau des Wirtschaftsliebenden sollen weitere Annehmlichkeiten und Notstandsstarke eingeführt beim vorbanden weiter ausgebaut werden, namentlich für Pflanzmittel, den Wasserumschlag und für Seehäfen. Die Gütereinstellung soll überprüft werden, auch unterm Gesichtspunkt der Überlieferung bestimmter Güter in höhere Tarifklassen. Es soll der Verwaltung überlassen bleiben, zu prüfen, ob und inwieweit die Anträge finanziell durchgeführt werden können.

Hinsichtlich der Personentaxen trat der Ausschuss der Vorlage der Verwaltung bei. Die Schnellzugzuschläge und Preise der Reiserarten bleiben unverändert. Die Verordnung über die Schaffung des Unternehmens Deutsche Reichsbahn behält bei Änderung der Höhe der Normaltarife der Reichsregierung die Mitwirkung vor.

Spanisches Hilfswerk für deutsche Kinder.

Berlin. Der Kardinal Erzbischof von Toledo, Primas von Spanien, hat beschlossen, demnächst in sämtlichen katholischen Kirchen Spaniens eine Sammlung für die armen deutschen Kinder zu veranstalten. Die Sammlung wird nicht an ein und demselben Tage stattfinden, weil die verschiedenen Diözesen bereits eine Reihe von Sonntagen für andere Sammlungen besetzt sind. Der Kardinal-Primas hofft auf ein recht glänzendes Ergebnis. Die Nachricht von dem hochherzigen Entschluß des spanischen Kirchenfürsten wird in Deutschland mit lebhafter Freude und tiefer Dankbarkeit begrüßt werden. Die Hilfsbereitschaft, die das edle spanische Volk in Deutschlands großer Not entfaltet, wird unerreicht bleiben.

Lebensmittelkrawalle in Paris.

Aus Paris wird den „Tr. Nachrichten“ gemeldet: Die Marktstraßen waren am Mittwoch fast von Verkäufern leer, die Hände der Engros Händler wurden erst auf vollständige Intervention hin gegen 11 Uhr geöffnet. Das Louvre-Bauhaus schloß mittags 12 Uhr für den ganzen Tag, weil der Ansturm der durch die Frankfurterwertung stark demütigten Bevölkerung so groß war, daß die Abfertigung der Käufer unmöglich gewesen wäre. Mittwoch nachmittags wurde am Gare du Nord das Lebensmittelhaus von Richelieu von der Menge gestürmt und zum Teil angezündet. Auch auf St. Antoine fanden gestern abend Meldungen von Plünderungen vor, die jedoch nur kleinere Geschäfte betrafen. Die Pariser Produktionsbörse blieb auch gestern geschlossen. Die Metropolitan erhöhte am 22. Februar ihre Tarife um 20 Proz.

Die Franzosen sabotieren die Wiederherstellung der Ordnung.

Paris. Die „Kölnische Volkszeitung“ berichtet aus Birmafen: Infolge der Verhaftung der holländischen Beamten in Birmafen durch die französische Kriminalpolizei war es noch nicht möglich, die holländische Verwaltung wieder in Gang zu setzen. Durch die Verhaftung des Richters des Stadt Birmafen, der von den Franzosen wegen der bekannten Vorgänge in Birmafen festgenommen wurde, obwohl er an dem Tage der Erklärung des Bezirksamtsgebäudes gar nicht in Birmafen war, hat die Stadtverwaltung ihren letzten rechtskundigen Beamten verloren. Bei den Repressalien wirken die Separatisten mit, die den französischen Gendarmen diejenigen Verantwortlichkeiten bezeichnen, die verhaftet werden sollen. Bei der Besetzung greift immer mehr die lokale Durchführung der Verhandlungen unmöglich gemacht wird und die Zustände in der Walz immer mehr Reiblichkeit mit denen bekommen, wie sie zur Zeit der Separatistenherrschaft waren.

In Birmafen. Sämtlichen Waffenscheinern der Stadt wurden auf Anordnung der Besatzungsbehörde die Waffen entzogen. Die Gendarmen sind noch im Besitze ihrer Waffen, doch wurde der deutsche Polizei nunmehr auch der Säbel abgenommen. Unter den anlässlich der Ereignisse vom 12. und 13. Februar Verhafteten befindet sich der Bezirksamtsvorstand Dr. Göttel.

In Kaiserslautern. Elf Polizeibeamte wurden verhaftet. Polizeirat Engmann wurde nach Wiesbaden verschleppt, ferner wurde der Direktor der Lehrerbildungsanstalt Wittling festgenommen. Die deutsche Polizei wurde vom Dienste suspendiert. Die Waffen, ausgenommen der Säbel, wurden ihr abgenommen. Die deutschen Schulleute müssen zusammen mit französischen Soldaten Patrouillengänge machen.

Neue fiskalische Forderungen der französischen Rheinlandbesetzung.

Reverdingen haben die Franzosen eine auf mehr als 600.000 Goldmark veranschlagte Kasse für schwere Artillerie auf dem Loos-Heideplatz in Bonn gefordert, obwohl die letzte Unterkunft der betreffenden Artilleriegruppe noch als durchaus genügend angesehen werden muß. Diese Forderung geht über die durch das Rheinlandabkommen übernommenen Verpflichtungen hinaus, da die deutsche Regierung nach dem Abkommen nur gehalten ist, die vorhandenen militärischen Gebäude in erforderlichem Umfang zur Verfügung zu stellen. Weiter verlangen die Franzosen ebenfalls in Bonn den Bau einer Kaserne für eine Telegraphen-Kompagnie mit der Probuna, das andernfalls für deren Unterbringung die Universität (!) beschlagnahmt werden würde.

Eine unerhörte Forderung der französisch-belgischen Eisenbahnregie.

Zu der Nachricht, daß die französisch-belgische Eisenbahnregie durch die Rheinlandkommission bei der belgischen Regierung eine Schadenertragforderung in Höhe von 85.000 Franken als Erlös für die Zerstörungen bei einer angeblichen Explosion auf dem Bahnhof Mottenbelen (Rheinbessen) eingereicht hat, erfahren wir von unterrichteter Seite, daß die Zahlung der Summe bis zum 20. d. Mts. befristet wurde, mithin der belgischen Regierung nur eine Frist von 5 Tagen gegeben worden ist. Die Schadenertragforderung ist an die belgische Regierung und das Reich zugleich gerichtet. Die belgische Regierung hat von der Rheinlandkommission umgehend Unterlagen und Auskunft über die Explosion gefordert. Der belgischen Regierung und auch sonst niemand war bisher über die Explosion etwas bekannt. Sollte die Besatzungsbehörde, ähnlich wie in der Angelegenheit des von den Separatisten erschossenen Professors Konstant in Mainz, auch jetzt dazu übergehen, sich durch Einriffe in die öffentlichen Kassen schadlos zu halten, so würde die Brutalität des Vorgehens der Franzosen dadurch kaum noch gesteigert sein. Unerhörte Brutalität liegt schon darin, daß eine solche Forderung ohne Unterlagen und Beweise mit fünfjähriger Zahlungsfrist vorgelegt wurde.

Die neue thüringische Regierung.

Weimar. Der Landtag wählte gestern auf Vorschlag der Deutschnationalen Volkspartei, der Deutschen Volkspartei und des Landbundes die neue thüringische Regierung in folgender Zusammenlegung: Finanzen: Dr. Stolte, Weimar, Inneres und Wirtschaft: Landrat a. D. Dr. Sittler, Volkshilfsbildung und Justiz: Oberverwaltungsgerichtsrat Wutbergher, zum Präsidenten des Landtages wurde der Abg. Dr. Bernick vom Landbund gewählt.